

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

25.6.1884 (No. 149)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 25. Juni.

№ 149.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen gefunden, dem Baurath Esser, Vorstand der Eisenbahn-Hauptwerkstätte dahier, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin verliehenen Ritterkreuzes des Großherzoglich Mecklenburgischen Hausordens der Wendischen Krone zu ertheilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 20. Juni d. J. gnädigt geruht, den Hilfsarzt an der Heil- und Pflanzanstalt Illenau, Medizinalrath Dr. Albert Otto von Mannheim, auf sein unterthänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit unter Anerkennung seiner treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordres vom 17. Juni cr. sind der Premierlieutenant Weber vom 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113 in das 3. Niederschlesische Infanterie-Regiment Nr. 50 versetzt, sowie der Secondelieutenant Louis vom 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113 zum Premierlieutenant und der Secondelieutenant Freiherr v. Canstein vom 2. Badischen Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm Nr. 110 zum überzähligen Premierlieutenant befördert worden.

Nicht-Amflicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 24. Juni.

Zur Deutschen Reichstag macht sich unverkennbar ein Drängen nach dem Schluß der Verhandlungen bemerkbar. In diesen vor Schluß dieser Woche dürften die Abgeordneten kaum zum heimischen Herd zurückkehren können. Wie verlautet, wird vom Reichstag des Reichs-Versicherungsamtes vorgelegt werden, welcher sich, in Voraussetzung der Annahme des Unfallversicherungs-Gesetzes in dritter Lesung, auf die Schaffung des Reichs-Versicherungsamtes beziehen wird. Es sei hierbei bemerkt, daß über die Zusammenfassung dieses Reichsamts und namentlich über die Personalfrage noch keinerlei Beschluß gefaßt ist. Die Geschäftssteuer-Vorlage ist nun auch noch an den Reichstag gelangt. Schon die Rücksicht auf den Bundesrath, welchem der Entwurf viele Mühe gemacht hat, dürfte die Ueberweisung an den Reichstag geboten haben, wenn auch an die Verhandlungen darüber in dieser Session schwerlich mehr zu denken ist. Außerdem fehlt es nicht an lebhaften Bemühungen, das Gesetz über die Unterstützung von Dampferlinien zur zweiten bzw. dritten Lesung zu bringen. Wenn sich die Reichstags-Mehrheit in Uebereinstimmung befände mit der Mehrheit des Volkes, so wäre die Annahme unzweifelhaft.

Das englisch-französische Abkommen über Egypten betreffend verweisen wir zunächst auf die Eröffnungen, welche Hr. Jules Ferry gestern in der französischen Deputirtenkammer machte. (S. Paris.) Die Pariser Presse findet ziemlich allgemein die an England gemachten Zugeständnisse zu weit gehend, ein Blatt nennt das Abkommen das „Sedan“ Frankreichs im Mittelmeer. Londoner Blättern zufolge ist die Zustimmung Oesterreichs und Italiens zu der franko-britischen Uebereinkunft erfolgt; Deutschland hat sich zur Stunde noch nicht ausgesprochen. Im Augenblick, da wir schreiben, trifft auch über Gladstone's Mittheilungen im Parlament Drahtbericht ein. (S. London.)

Der Umstand, daß die Boeren im Bunde mit dem Usatus den Freund der Engländer, Usibepu, überwältigt und Cetewayos jugendlichen Sohn Dinizulu auf den Königsschild erhoben haben, gibt der „Times“ Anlaß zu einigen melancholischen Bemerkungen, aus denen die Furcht, das an der afrikanischen Südspitze vorwiegende holländische Element könnte durch eine von Angra Pequena ausgehende deutsche Strömung herab verstärkt werden, daß die Briten sich nicht mehr zu behaupten vermöchten, unverkennbar hervorleuchtet. Die Boeren sahen in der Kapkolonie und in Natal zukünftige Republiken, welche das englische Joch abgeschüttelt hätten. Sie hätten in den letzten Jahren versucht, dieses Gefühl in Europa zu verbreiten und das Nationalgefühl der Holländer und Deutschen anzuregen. Ihre Bemühungen seien in der That auch mit platonischem Wohlwollen aufgenommen worden. Deutsche wie Holländer gefielen sich in dem Gedanken, daß die südliche Erdhälfte kraftvolle Gemeinschaften reinteutonischen Blutes und protestantischer Gesinnung beherberge, welche nicht in London, sondern in Berlin und Amsterdam ihren wahren Mittelpunkt erblickten. Die Transvaalabordnung habe Gelegenheit genommen, in Berlin beim Becherklange anzudeuten, daß die Zukunft Südafrika's

nicht dem englischen, sondern dem germanischen Elemente gehöre. Die „Times“ tröstet sich jedoch bei dem Gedanken, es sei unbedingt gewiß, daß Fürst Bismarck, der die orientalischen und ägyptischen Fragen nicht der Knochen eines pommerischen Grenadiers werth erachte, dieses werthvolle Material niemals ausführen werde, um den Boden des Zululandes zu bereichern. Die Boeren hätten also im Guten und Schlimmen in Südafrika nur mit einer Macht zu rechnen, und diese eine Macht sei England. Die „Times“, welche mit so unbedingter Gewißheit darüber abspricht, was Deutschland in Südafrika thun und lassen werde, scheint in der deutschen Politik besser bewandert zu sein als selbst Fürst Bismarck. Ein deutscher Staatsmann würde kaum in der Lage sein, ein so kategorisches Urtheil über zukünftige Südafrikanische Möglichkeiten und Unmöglichkeiten abzugeben.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck

Ist gestern Abend in der Budgetkommission des Reichstags erschienen, welche über den Gesetzentwurf betreffend Subvention von Postdampfern in Berathung getreten war. Ein kurzer Bericht des „Frf. Journ.“ theilt über die Debatte zunächst Folgendes mit.

Abg. Hammacher bestreitet, daß finanzielle Hindernisse beständen, die Vorlage zu bewilligen, und erwartet eine wesentliche Hebung des deutschen Handels und wünscht Aufschlüsse vom Kanzler zu den Kolonialbestrebungen. Fürst Bismarck erklärt, in die Kommission gekommen zu sein, um hier über diese Frage zu sprechen. Die Vorlage sei seit der Samoa-Angelegenheit ein neuer Versuch, um zu erfahren, was in dieser Beziehung vom Reichstag zu erwarten sei, wenn man die Kolonialbestrebungen von neuem in Angriff zu nehmen suche. Die Kolonialpolitik habe ja ihre Gefahren und lasse sich nur betreiben, wenn alle inneren Parteilichtheiten dem Ausland gegenüber schweigen, wenn man auf die Unterstützung des Reichstags und Volkes rechnen könne. Werde dem Leiter der auswärtigen Politik das verlangte Vertrauen versagt, so müsse er ja kapitulieren. Wenn er Vollmacht erhielte, würde er mit Gesellschaften unterhandeln, es habe sich dann zu zeigen, ob die 4 Millionen gleich von Hause aus notwendig sein würden; mit dem Kontrakt würde die Post leichter zu Stande kommen, als der Reichstag. Die erbetenen Unterstützungen werden in Vergleich zu stellen sein mit denen für die Gotthardbahn. Früher schon habe er sich gegen das System, Kolonien künstlich zu schaffen, zu erwerben oder zu okkupieren, ausgesprochen, etwas anderes aber sei es, wenn freiwillig ohne Staatshilfe deutsche Anhebungen in fremden Ländern gegründet würden. In diesem Falle erachte er Deutschland für verpflichtet, mit dem Schilde der nationalen Protektion zu folgen. In diesem Falle sind wir mit dem Hause Lüderig. Schon im Dezember 1883 habe er in einer amtlichen Note bei der englischen Regierung angefragt, ob dieselbe in Angra Pequena Besitzungen habe, und welche Rechtstitel, ob sie die Mittel besäße, dort Schutz zu bieten. Erst gestern habe er von England Mittheilungen, daß es keine Ansprüche auf Angra Pequena mache, erhalten; die Verhandlungen sind also geschlossen. Nach einer Entgegnung Rickert's, Richter's und Bamberger's nahm der Kanzler von neuem das Wort, um zu erklären, daß es sich nicht um Kolonien nach französischem Muster handle, sondern um kaufmännische Einrichtungen nach Art der englischen ostindischen Kompagnien, die unter deutsche Jurisdiction zu nehmen seien.

Zur Reichstags-Sitzung vom 20. Juni wird der „Str. Post“ aus Berlin geschrieben:

Der heutigen Reichstags-Sitzung war die Entscheidung über einen der interessantesten Punkte des Unfallversicherungs-Gesetzes vorbehalten, nämlich über die Vertretung der Arbeiter. Die Regierungsvorlage wollte für jede Genossenschaftsaktion zum Zweck der Wahl von Beisitzern zum Schiedsgericht der Mitwirkung bei der Untersuchung von Unfällen, der Begutachtung der zur Vertretung von Unfällen zu erlassenden Vorschriften und der Theilnahme an der Wahl zweier nichtständiger Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts einen Arbeiterausschuß errichten. Wie man sich erinnert, hat dieser Vorschlag in der Kommission zu lebhaften Kämpfen geführt. Im Einklange mit der Anschauung der gesamten Industrie gewann dort in der ersten Lesung die Ueberzeugung die Oberhand, daß die Errichtung einer besonderen Arbeiterkorporation neben oder vielmehr gegenüber der Genossenschaft der Unternehmer dem Gegensatz zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nur verschärfen würde. Für die Förderung des sozialen Friedens erschien es zweckmäßiger, die Vertretung der Unternehmer und der Arbeiter in einer Körperschaft zusammenzufassen. Man kam daher auf den Ausweg, den Genossenschaftsvorstand zu gleichen Theilen und mit gleichen Rechten und Pflichten aus Unternehmern und Arbeitern zu bilden; nur als Vorsitzender sollte noch außerdem ein Unternehmer fungieren. Gegen diesen Vorschlag wurde aber mit vollem Recht geltend gemacht, daß alsdann die Arbeiter, welche bekanntlich zu den Kosten der Unfallversicherung nicht beitragen, überhaupt nicht Mitglieder der Genossenschaften sind, über fremde, gar nicht zu ihrer Kompetenz gehörige Angelegenheiten verfügen würden. Aus dieser Erwägung heraus hat die Kommission in zweiter Lesung

die Einrichtung getroffen, daß nur für die konkreten oben erwähnten Zwecke — nur die Mitwirkung bei der ersten Untersuchung von Unfällen ist weggefallen, weil in dieser Beziehung anderweitig Vorsorge getroffen worden ist — dem Genossenschaftsvorstand eine gleiche Anzahl Vertreter der Arbeiter hinzutreten soll. Gegen diesen Vorschlag traten nun heute Redner der Socialdemokratie und der „freisinnigen“ Partei mit großer Entschiedenheit auf. Von beiden Seiten verlangte man die Wiederherstellung des Arbeiterausschusses der Regierungsvorlage. Sehr begreiflich ist dies Verlangen bei den Socialdemokraten; muß ihnen doch jede Handhabe, den von ihnen so eifrig gepredigten Klassen Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter zum Bewußtsein der Beteiligten und zur äußeren Erscheinung, ja zur offiziellen Anerkennung zu bringen, willkommen sein! Ob die „Freisinnigen“ sich lediglich durch die Connivenz gegen ihren fraktionsgenossen Firsich, der als „König“ der deutschen „Gewerksvereine“ ebenso emsig wie seine socialdemokratischen Toßkämpfe auf Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiter hinwirkt, bestimmen lassen, oder ob sie sich in der That von der besonderen Organisation der Arbeiter eine versöhnendere Wirkung versprechen, als von ihrem unmittelbaren Zusammenwirken mit den Genossenschaftsvorkänden, mag dahingestellt bleiben. Daß man, wie die socialen Verhältnisse in der industriellen Welt sich nun einmal herausgebildet haben, sich zu der letzteren Ansicht bekennen kann, ohne damit eine Nebenabsicht zu verfolgen, läßt sich aus dem Standpunkte der Regierung erkennen. Im übrigen vertheidigte die letztere diesen Standpunkt heute offenbar nur ehrenhalber. Die durchschlagenderen Gründe waren auf Seite der Vertreter des Kommissionsbeschlusses. Mit Vergnügen sei hier konstatirt, daß die wirkungsvollste Rede in dieser Beziehung von dem eifrigsten Abgeordneten Winterer gehalten wurde. Schließlich wurde der Kommissionsvorschlag von einer großen Mehrheit angenommen. Ein Nachgefecht entspann sich dann noch über die Art, wie die Vertretung der Arbeiter gebildet werden soll. Die Kommission schlägt, in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage, die Wahl derselben durch die Vorstände derjenigen Orts- und Betriebs-Krankenkassen, sowie derjenigen Knappschaftskassen vor, welche im Bezirke der Sektion bzw. der Genossenschaft ihren Sitz haben und welchen mindestens zehn in den Betrieben der Genossenschaftsmittelglieder beschäftigte versicherte Personen angehören, unter Ausschluß der Vertreter der Arbeitgeber. Socialdemokraten und „Freisinnige“ beantragten in erster Linie Wahl durch die Gesamtheit der versicherten Arbeiter, in zweiter Linie Wahl durch die Vorstände sämtlicher Krankenkassen, also auch der freien Hilfskassen! Das erstere Verfahren, die allgemeine und direkte Wahl, würde lediglich eine große Agitation erzeugen, ohne irgendwelchen praktischen Grund für sich zu haben. Für die Beteiligung der Vorstände der freien Hilfskassen dagegen lassen sich zweifellos Gründe der Gerechtigkeit geltend machen. Ihnen gegenüber aber stehen so erhebliche Zweckmäßigkeitsbedenken, daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn eine erhebliche Mehrheit auch diesen Antrag verwarf und einfach der Kommission beitrug.

Deutschland.

* Berlin, 23. Juni. Se. Kaiserl. Hoheit der Kronprinz mit den Prinzen Wilhelm und Heinrich, sowie der Erbprinz von Baden kamen gestern Nachmittag 2 Uhr von Potsdam nach Berlin und begaben sich von da nach Grünau, um der vom Berliner Ruderverein veranstalteten Regatta beizuwohnen. Um 5 Uhr erfolgte die Rückreise der Hohen Herrschaften nach Potsdam. — Der König und die Königin von Griechenland trafen heute früh 6 1/2 Uhr im strengsten Incognito von St. Petersburg kommend hier ein und setzten nach zweistündigem Aufenthalt die Reise nach Ems fort. — Auch Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Hessen ist heute früh von St. Petersburg hier eingetroffen, hat sich jedoch vom Schlesischen Bahnhofe sofort nach dem Anhalter Bahnhofe und von dort direkt nach Darmstadt begeben.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bespricht die jüngsten Änderungen in der Organisation des belgischen Ministeriums, welche auf dem Wege königlicher Verordnung vorgenommen worden seien, ohne daß gegen die Rechtmäßigkeit der neuen Organisation von irgend einer Seite Bedenken erhoben wurden. Die gleiche Prozedur lasse sich für Frankreich aus der Zeit des klassischen Konstitutionalismus unter dem König Louis Philipp nachweisen: Kurzum, gerade in jenen Ländern, auf welche sich unsere Liberalen mit Vorliebe zum Beweise ihrer konstitutionellen Maximen berufen, ist der Grundsatz, daß eine Aenderung in ministeriellen Departements ohne Gesetz erfolgen kann, seit Jahrzehnten in zweifelloser Geltung gewesen. Dennoch ist im Jahre 1878, als im preussischen Abgeordnetenhause von der Regierung die Errichtung eines eigenen Eisenbahn-Ministeriums und die Uebertragung der Domänen- und Forstverwaltung auf das Landwirtschafts-Ministerium beantragt wurde, von den Liberalen vermieden worden, auf die Verzicht jener Länder zurückzuweisen, obgleich dieselbe, wie damals von einem ihrer rechtskundigsten Mitglieder nachgewiesen wurde, keine willkürliche ist, sondern in dem Wesen der konstitutionellen Verfassung ihre Begründung findet. Auch die nationalliberale Partei, mit Ausnahme Gneiss's, trennte sich damals vom preussischen Ministerpräsidenten, der kurz vorher mit ihrem Führer über dessen Eintritt in das Ministerium verhandelt hatte. Dem gegenüber glauben wir um so mehr, von den jüngsten Vorgängen in Belgien Akt nehmen zu sollen.

Ems, 23. Juni. Zur kaiserlichen Tafel waren gestern geladen: General der Infanterie v. Boyen, Generalleutnant z. D. v. Selchow, der Oberpräsident Graf zu Eulenburg, der Rektor der Universität Bonn Professor Langen, Geheimrath Brochhoff, Schlosshauptmann Graf Elz, Oberbürgermeister Miquel und Geheimrath

Kommerzienrath de Neuville aus Frankfurt. Heute früh setzte Se. Majestät die Trinkkur fort, erschien auf der Promenade und nahm später die Vorträge des Hofmarschalls Grafen v. Perponcher und des Geheimen Oberregierungsrats Anders entgegen.

Frankfurt, 22. Juni. Uebereinstimmend theilen mehrere hiesige Blätter mit, daß „nach eingezogener Erkundigung“ der Oberbürgermeister Dr. Miquel nicht gesonnen sei, ein Mandat für den Reichstag anzunehmen. Bei seiner Berufung auf den Posten des Oberbürgermeisters von Frankfurt hatte Miquel erklärt, seine ganze Kraft dem von ihm zu verwaltenden Gemeinwesen widmen und deshalb, abgesehen von der Vertretung Frankfurts im Herrenhause, der parlamentarischen Wirksamkeit entsagen zu wollen. Derselbe Grund ist auch jetzt noch für ihn ausschlaggebend.

Darmstadt, 23. Juni. Der Wahlausruf der heftigen Fortschrittspartei für die Landtags-Wahlen spendet der Thätigkeit des zurückgetretenen Staatsministers v. Starck Anerkennung, spricht Vertrauen in die Gesinnung des Nachfolgers aus, erwähnt die Aufgabe des gegenwärtigen und folgenden Landtags und schließt unter Bezug auf den Aufschwung, welchen die Partei genommen, mit den Worten: Treu zu Kaiser und Reich, selbständig nach allen Seiten, unbeirrt von der Flut unbegründeter Verdächtigungen wird die heftige Fortschrittspartei als die Vereinigung der national und liberal gesinnten Männer Hessens auch weiterhin für das Wohl des großen und des engern Vaterlandes ihr Bestes einsetzen und zur geblühenden Sicherung und Förderung der Bildung und des Wohlstandes mitwirken. — Die Zweite Kammer ist jetzt auch auf den 26. ds. einberufen. Am 27. wird der Landtag geschlossen. Am 25. tritt der Finanzausschuß der Zweiten Kammer noch einmal zusammen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Juni. Die Wahlen sind nahezu beendet. Es werden, die Nachwahlen nicht eingerechnet, nur noch 14 Wahlen stattfinden, die sich in sichern Händen befinden und an dem Zahlenverhältnis der Parteien im Unterhause nichts ändern können. Im ganzen genommen hat eine jede politische Partei einige Abgeordnete verloren, welche auf die Parteiloseren und hauptsächlich auf die Antisemiten entfallen sind. Ein unparteiischer Beobachter der Vorgänge bei den Wahlen wird als Hauptergebnis der letzteren feststellen müssen, daß einerseits der oppositionelle politische Geist in Abnahme begriffen sei, dagegen eine sociale Gährung in den Massen um sich greift, eine wirtschaftliche Unbehaglichkeit sich breit macht, welche sich vorläufig als Haß gegen das Judentum äußert. Der Judenthum hat der äußersten Linken massenhafte „moralische“ Niederlagen bereitet und die talentvollsten Mitglieder dieser Partei zu Falle gebracht. Hefsy, Parmandy, Albert Nemeth u. s. w. sind nicht mehr Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Aber auch in den Reihen der liberalen Partei und der gemäßigten Opposition haben die Neuwahlen eine wahre Verheerung angerichtet. Paul Morier, Baron Johann Kemény, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, werden auf den Bänken der Regierungspartei vermisst; ebenso ist Stephan Witto, früherer Ministerpräsident, jetzt Führer der gemäßigten Opposition, von dem 85jährigen Judenhasser Nordwich besiegt worden. Pest, Klausenburg und die meisten Städte Ungarns, die bis jetzt als Herd der äußersten Linken galten, sind zur liberalen Partei übergegangen. Es ist überhaupt eine bemerkenswerthe Thatsache, daß mehrere Duzend Wahlkreise ihre „Ueberzeugung“ geändert haben. Eine allgemeine Ueberzeugung für das ganze Land war es, daß keine nennenswerthen Wahlschreitungen stattgefunden haben, während man bis jetzt bei jeder Wahl Schlachtberichte zu lesen glaubte. Ueberall waren Truppen zusammengezogen, aber ihr Einschreiten war nirgends nöthig. Die Regierung gebietet selbst für den Fall, daß die kroatischen Delegirten sie im Stich lassen, über die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhause.

Pest, 23. Juni. Parlamentswahlen. 413 Bezirke wählten 231 Liberale, 59 gemäßigte Opposition, 73 Unabhängige, 16 Nationale, 10 Parteilosere, 17 Antisemiten. Sieben Wahlen sind vorzunehmen. Die Majorität der liberalen Partei beträgt 56. Mit den Stimmen der Parteiloseren disponirt die Regierung über eine große magyarische Mehrheit.

Lemberg, 23. Juni. Der Wasserstand nimmt seit gestern vorwiegend ab; an der Weichsel sind aber des Nachts an zwei Punkten Dammbüche erfolgt, wodurch mehrere Tausend Joch kultivirter Grundstücke und ganze Dörfer überschwemmt wurden. Der Regen hat nachgelassen, aber das Wetter ist trübe.

Italien.

Rom, 23. Juni. Cardinal von Falloux ist gestorben.

Frankreich.

Paris, 23. Juni. Nach einem Telegramm der „Agence Havas“ ist die Cholera in Toulon nunmehr konstatirt. Die Epidemie wüthet besonders unter der Marineinfanterie und den Hafensarbeitern. In Folge des plötzlichen Todes eines Schülers des Lyceums sind die sämmtlichen Schüler ihren Familien zugeschiedt worden. Für die Flottenmannschaften werden Feldlager hergerichtet. Gegen 8000 Personen sind gestern von Toulon geflüchtet. „Temps“ konstatirt, daß bei keinem der von Kontin eingetroffenen Transporte während der Fahrt ein Cholerafall vorgekommen sei. — Eine von dem Handelsminister ausgehende Mittheilung besagt, daß nach eingezogenen Informationen die in Toulon aufgetretene Epidemie nicht die asiatische Cholera, sondern eine sporadische sei, welche ihre Entstehung in lokaler Ansteckung und nicht in einer Uebertragung von außerhalb habe; die Erkrankungsfälle würden sich also voraussichtlich über den Entstehungsherd

hinaus nicht erstrecken; seitens der Regierung sind die Doktoren Bronardel und Proust nach Toulon gesandt worden, um Maßnahmen zu ergreifen. Dieselben werden morgen in Toulon eintreffen.

— **Deputirtenkammer.** Ferry, der Conseilpräsident und Minister des Auswärtigen, legte heute die Korrespondenz zwischen England und Frankreich in Betreff der Konferenz über Ägypten auf den Tisch des Hauses und entwickelte darauf die Ansichten des französischen Kabinetts in dieser Sache. Als im Januar 1883 der damalige Minister des Auswärtigen, Duclerc, mit der Aufrechterhaltung der Kontrolle der zwei Mächte nicht durchdringen konnte, brach er die Verhandlungen ab und erklärte, Frankreich behalte sich seine volle Freiheit zu handeln vor. Am 3. April 1884 nun ergriff England die Initiative zu einer Konferenz; die französische Regierung glaubte ihre Beteiligungs jedoch ablehnen zu müssen. Inzwischen ist in der Politik mit den vollbrachten Thatsachen und erlangten Stellungnahmen zu rechnen. Geschehen lassen und zuschauen ist keine Politik; den Verlegenheiten des andern gegenüber stehen zu bleiben, ist weder Trost noch Entschuldigend. Ägypten ist weder eine englische noch eine französische Sache, sondern wesentlich eine internationale und europäische. Das Kabinet Gladstone hat sich stets gegen den Verzicht gewehrt, als wolle es Ägypten unter bleibendem Rechtsgrund besetzt halten. Es mußte demnach möglich werden, sich mit ihm zu verständigen, um ein dauerndes Uebereinkommen zwischen zwei großen Nationen herzustellen, deren guter Einfluß für den Frieden und die Freiheit der Welt so hochwichtig ist. Die zwei scharfen Punkte in Englands Augen waren: die Furcht, Frankreich bezwecke um jeden Preis, die Wiederherstellung der Kontrolle zu gewinnen, und sodann, Frankreich wolle, wenn England seine Truppen aus Ägypten zurückziehe, die französische Okkupation an die Stelle der englischen setzen. Es war leicht, England über diese beiden Punkte zu beruhigen. Dies war der Gegenstand von Baddingtons Erklärungen an das englische Ministerium. Unser Vorkämpfer hat in diesen zwei Punkten die eingehendsten Verpflichtungen übernommen. Als Gegenleistung setzte das englische Kabinet den 1. Januar 1888 für die Räumung Ägyptens durch seine Truppen fest, jedoch unter dem Vorbehalte der Anerkennung durch die Mächte, daß diese Räumung ohne Gefahr für den Frieden Ägyptens bewirkt werden könne. Die Mächte werden im Jahre 1888 zu Rathe gezogen werden und entscheiden, ob Grund vorhanden sei, die englische Besetzung Ägyptens zu verlängern. Wenn der Friede vor diesem Datum genügend gesichert sein sollte, so würde die Räumung in gleicher Weise schon vor der festgesetzten Frist erfolgen. England erklärt ferner, und diese Annahme ist nicht unwahrscheinlich, in Bezug auf die Verlängerung der Frist, daß dieselbe wahrscheinlich nicht notwendig sein dürfte. Auf jeden Fall hat Europa und nicht England darüber zu entscheiden. Die Folgen der Räumung sind ohne Klausel, was von der Un eigenständigkeit der englischen Regierung zeugt. (Bewegung in verschiedener Sinne.) Es handelte sich darum, die Neutralität Ägyptens zu ordnen und die Freiheit des Suezkanals zu sichern. In dem Augenblicke, wo die Räumung erfolgt, verpflichtet sich England, den Mächten den Entwurf der Neutralitätserklärung Ägyptens in Betreff des Kanals vorzulegen. Das Konzert der europäischen Mächte wird gleichfalls noch vor 1888 mit dem Antrage in Anspruch genommen werden, welcher die Sicherung der freien Schifffahrt in Zeiten des Friedens und in Zeiten des Krieges bezweckt. Es ist das eine gehobene friedliche Politik, welche des berühmten Staatsmannes würdig ist, der dieselbe eingegeben hat und der hinreichende Bürgschaften bietet, um das Aufgeben der Kontrolle aufzuwiegen. In den Verhandlungen ist auch die Frage wegen der ägyptischen Finanzkontrolle zur Sprache gekommen. Die englische Regierung gesteht die Rückkehr zu der Kontrolle von 1876 und 1879 nicht zu, selbst wenn dieselbe durch eine internationale Kommission ausgeübt würde; sie macht geltend, die Finanzkontrolle werde eine politische Kontrolle und politischen Einfluß zur unvermeidlichen Folge haben, sie wolle jedoch diesen politischen Einfluß ausschließen und der ägyptischen Verwaltung große Freiheit lassen. Inzwischen läßt sie die Ausdehnung der Vollmachten einer internationalen Kommission der Staatsschuld zu, welche einzig und allein mit der Verwaltung des Theiles des Budgets beauftragt würde, welche zur Zahlung der privilegierten und unprivilegierten Schuld vorbehalten ist. Diese mit neuen Vollmachten versehenen Kommission wird das Recht haben, sich jeder nicht in's Budget eingeschriebenen Ausgabe zu widersetzen, sowie das Recht, an der Vorbereitung des Budgets mitzuwirken. Es ist dies ein Vorrecht, das ihr eine ernsthafte Einwirkung auf die ägyptischen Finanzen erteilt, obgleich ihre Rolle nur beratender Art sein wird. Das englische Mitglied wird in der Kommission den Vorsitz einnehmen. Das Budget für 1888 wird ausnahmsweise durch die zur Konferenz versammelten Mächte vorbereitet werden. Das Budget für 1886 wird unter Mitwirkung mit der Schuldenkommission beantragt werden. Baddingtons Depesche vom 17. Juni enthält über diese verschiedenen Punkte klare Bestimmungen. Die bevorstehende Konferenz hat verschiedene Arten von Segnern: sie hat die ägyptischen Gläubiger gegen sich, welche fürchten, daß von ihnen Opfer verlangt würden, sobald die Anhänger der Einverleibung Ägyptens, die in England sehr stark sind, endlich diejenigen, welche das Einvernehmen Englands mit Frankreich nicht lieben. Man darf sich daher nicht über die Wählererei in dieser Frage in England wundern. Das Kabinet Gladstone ist bedroht, weil es Frankreich zu sehr nachgegeben habe, während in Frankreich das Kabinet angegriffen wird, weil es gegen England sich zu nachgiebig gezeigt. Die Wahrheit ist, daß gegenseitige Nachgiebigkeit erfolgt ist; Frankreich hat einen Beweis seiner Mäßigkeit gegeben, aber durch diese Mäßigkeit wird es weder vor der Konferenz noch vor Europa geschwächt. Nach dieser Darlegung beantragt Delafosse Vertagung der Interpellation auf Donnerstag, da mit der Kammer Kenntnis von den vorgelegten Aktenstücken nehmen könne. (Zustimmung.) Die Sitzung (der in der Diplomatenloge Fürst Hohenlohe bewohnte) wird auf eine Viertelstunde aufgehoben, um dann die Revisionsdebatte zu beginnen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung beantragte Ferry die Dringlichkeit für die Revisionsvorlage. Raoul Duval spricht gegen die Bemilligung der Dringlichkeit. Dieselbe wird jedoch mit 441 gegen 91 Stimmen bewilligt.

— **Im Senate** legte heute der Finanzminister die diplomatischen Aktenstücke über die mit England bezüglich der ägyptischen Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen vor. Savardie äußerte sein Bedauern darüber, daß die Regierung keine amtlichen Erklärungen abgebe. Der Minister erwidert, die bezügliche Interpellation sei nur in der Deputirtenkammer gestellt worden; er könne hier nur die vorliegenden Aktenstücke zur Kenntnis bringen. Savardie verlangt, eine Interpellation stellen zu dürfen. Der Senat beschloß, diesbezüglich morgen Entscheidung zu treffen, und nahm dann die Beratung der Ehescheidungs-vorlage wieder auf. Die Artikel 234 — 274 des bürgerlichen Gesetzbuches wurden angenommen, dagegen die Artikel 275 — 294 ein-

schließlich, welche gegenseitige Uebereinkunft zwischen Ehegatten als Grund zur Scheidung gelten lassen, verworfen.

Großbritannien.

London, 24. Juni. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses legte Gladstone die diplomatischen Schriftstücke über die Verhandlungen bezüglich Ägyptens vor und erklärte, Frankreich habe positiv der gänzlichen Aufhebung des Mitbesitzes zugestimmt. Es machte sich anheischig, Ägypten nach dem Abzuge der englischen Truppen nicht zu besetzen. Hierdurch erlangte England volle Aktionsfreiheit und konnte die Frist der Okkupationsdauer bestimmen. Am 1. Januar 1888 werde die Regierung nur dadurch gebunden sein, daß sie dazwischen willige, die militärische Okkupation nicht über jenes Datum hinaus ausrecht zu erhalten, wenn die Mächte erklären, daß die Zustände Ägyptens einen Rückzug der englischen Truppen ohne Gefahren für Ordnung und Frieden in Ägypten gestatten. Die Generalkontrolle der ägyptischen Finanzen habe aufgehört. Das Budget werde nicht mehr von Kommissarien des Schuldenwesens entworfen, dagegen die Befugnisse der Schuldenkasse ausgedehnt. Die Arrangements mit Frankreich werden davon abhängen, was die Konferenz thue. Gelange diese zu keinem Resultate, so fallen die Arrangements zu Boden. Die erste Konferenz solle am Samstag stattfinden; jeder Konferenzbeschuß werde unverzüglich dem Parlamente vorgelegt werden. Billige das Parlament einen solchen nicht, so dürfe die Regierung keinen Augenblick länger im Amt bleiben.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 23. Juni. Staatsrath Broch hat, die Unmöglichkeit einsehend, alle Schwierigkeiten der ihm vom König anvertrauten Aufgabe, ein Kompromißministerium zu bilden, überwinden zu können, sich völlig zurückgezogen und Christiania bereits verlassen.

Rußland.

St. Petersburg, 24. Juni. (Tel.) Nach Berichten aus Nishny Nowgorod haben daselbst am 19. Juni Ausschreitungen des Böbels gegen die Juden stattgefunden. Gegen 8 1/2 Uhr Abends verbreitete sich in der Vorstadt Runawino das Gerücht, die Juden hätten ein Christentum entwendet und in die Synagoge gebracht. In Folge dessen fanden Zusammenrottungen des Böbels vor der Synagoge statt. Die Polizei vermochte anfänglich nicht, die Tumultuanten auseinander zu treiben, und erbat Verstärkung. Der Gouverneur erschien und befahl, daß das Militär, welches sich im Lager außerhalb der Stadt befand, Hilfe leiste. Inzwischen hatte der Böbelhaufen vorübergehende Juden überfallen und mißhandelt, war in die Synagoge eingedrungen und hatte dort Anwesenden mißhandelt. Die Volksmasse war mittlerweile auf 2000 Personen angewachsen. Ein Theil davon demolirte ein Haus, worin eine Judenfamilie wohnte, sowie andere Judenwohnungen, deren Inhabanten geflüchtet waren. Den vereinten Anstrengungen der Polizei und zweier Kompagnien Infanterie sowie einer Sotnie Kosaken gelang es endlich, gegen 10 Uhr die Ordnung wieder herzustellen. Einige Juden sollen getödtet, mehrere verwundet, sechs Häuser beschädigt sein. Viel jüdisches Eigenthum wurde zertrümmert und auf die Straße geworfen. Am folgenden Morgen traf ein ganzes Bataillon ein zur Verhütung einer Wiederholung der Unruhen. Den Mißhandelten wird seitens der Behörden Hilfe geleistet; 150 Verhaftungen sind erfolgt. In Runawino wohnen 10 bis 15 jüdische Familien.

Odeffa, 24. Juni. (Tel.) Der Adjutant der Gendarmenverwaltung, Kapitän Sidshen, ist in seiner Wohnung mit durchschießender Schläge und Dolchwunden in der Brust todt aufgefunden worden. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 24. Juni.

Ueber das Befinden Ihrer königlichen Hoheit der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen ist folgendes Bulletin eingegangen:

Tullgarn, 24. Juni, 11 Uhr Vormittags.

Recht gute Nachtruhe. Der Zustand ist gut.

Dr. Neßel.

* (Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden“) Nr. 22 enthält: Gesetz, die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Angestellten der Staatsverwaltung betreffend. Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Angestellten der Staatsverwaltung betreffend.

× (Badischer Frauenverein.) In der unmittelbar bevorstehenden Feier des 25jährigen Bestehens des Badischen Frauenvereins gibt sich von allen Seiten, aus Stadt und Land, eine ungemein lebendige Theilnahme kund. Die Mehrzahl der Frauenvereine des Landes, — es sind deren über 100, entsendet Abordnungen zum Feste nach Karlsruhe; dank dem Entgegenkommen der Großherzoglichen Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen ist die Reise nach Karlsruhe wesentlich erleichtert. Aus allen Theilen von Deutschland sind bereits zahlreiche Deputationen angelandbet, so namentlich von Berlin, Darmstadt, Frankfurt, Speier, Straßburg, Stuttgart. Unter den angemeldeten Persönlichkeiten befinden sich u. A. Herr Staatsminister Dr. Friedenthal aus Berlin, Herr Oberstaatsanwalt von Röllin, Präsident der Centralleitung der Wohlthätigkeitsanstalten in Württemberg, Frau Staatsministerin von Hofmann und Herr Bezirkspräsident Bad aus Straßburg u.

Auf Mittwoch Abend hat die Museums-Gesellschaft ihren schönen Garten und Gartenaal zur Verfügung gestellt. Von 7 1/2 Uhr an findet daselbst Konzert statt, von der rühmlichst bekannten Kapelle des Leibgardier-Regiments ausgeführt. Hier werden die auswärtigen Theilnehmer am Feste Gelegenheit haben, in zwangloser Vereinigung mit den Mitgliedern des Bad. Frauenvereins dahier sich zusammenzufinden. Von Seiten der Museums-

gesellschaft sind die Damen des Frauenvereins und alle Freunde der Bestrebungen des Vereins zum Besuche des festlich geschmückten Gartens freundlich eingeladen. — In dem auf die Hauptversammlung am Donnerstag Vormittag folgenden gemeinsamen Mittagmahl in der Festhalle sind bereits gegen 150 Anmeldungen erfolgt. — Das Empfangskomitee im Gartenschloßchen (Herrenstraße 45) gibt den Gästen alle gewünschte Auskunft, vermittelt die zum Besuche der festlichen Veranstaltungen erforderlichen Eintrittskarten und besorgt auch freies Quartier für die auswärtigen Besucher.

*** Baden, 23. Juni.** (Fürstlicher Besuch, Vermählung.) Sr. Großh. Hoheit Prinz Ludwig von Baden und Sr. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm von Hohenzollern sind hier angekommen und im Mesmer'schen Hause abgestiegen. — Der am 22. d. hier verstarbene Kammerherr Otto v. Vincenti hat die Stadtgemeinde Baden zur Univerfalerbin eingesetzt. An seinem, heute Abend 6 Uhr stattgefundenen großen Leichenbegängnis nahmen die Herren Stadtdirektor Frhr. v. Göler, Oberbürgermeister Gönner, Bürgermeister Seefeld, die Stadträte und Stadtverordneten mit ihrem Vorstand, sowie die sämtlichen hiesigen Vereine theil. „Aurelia“ und „Hohenbaden“ sangen am Grabe; das städtische Kurorchester spielte die Trauermusik. Die Stadtgemeinde hatte dem Geschiedenen einen prachtvollen Kranz dankbar gewidmet.

*** Mannheim, 23. Juni.** (Chemische Fabrik Rheinau. Wahl.) Die fünfte außerordentliche Generalversammlung der Chemischen Fabrik Rheinau wurde heute abgehalten. Direktor Krauer motivirte den Antrag des Aufsichtsrathes behufs Ausgabes von 1,200,000 M. neuer Prioritätsaktien, indem er hervorhob, daß das Aktienkapital von 2,100,000 M. für den Betrieb einer Fabrik, an die große Ansprüche betreffs der Leistungsfähigkeit gestellt würden, nicht ausreichte. Um zur Verzinsung der alten Prioritäten frei zu werden, habe man sich entschlossen, da für die Ausgabe von Stammaktien der niedere Kurs nicht opportun erschien, neue Prioritätsaktien zu emittiren. Dadurch bringe die Gesellschaft allerdings ein Opfer, welches aber durch die konsolidirten Verhältnisse derselben ausgeglichen würde. Hierauf entwarf der Vorsitzende ein klares Bild über die Lage des Instituts, bezeichnete das kleine Aktienkapital als den wunden Punkt, das nur die Entwicklung hindern würde, und führte aus, daß trotz der ungünstigen Zeiten, die das vorige Geschäftsjahr mit sich brachte, eine Dividende von 6 Proz. resp. 4 Proz. in Aussicht genommen sei. Dieses Resultat sei, entgegen anderen Instituten, der Umsicht zu verdanken, mit der man von jeher bei Verteilung der Dividenden verfahren wäre, und weil man immer das Prinzip im Auge gehabt habe, einen beträchtlichen Theil des Gewinnersatzes zur Amortisation und Festigung des Instituts zu verwenden. Auf diese Weise habe man 900,000 M. amortisirt, eine Summe, die jetzt zinsenfrei dem Geschäft zugute kommt und der Hälfte des Stammaktien- und Prioritätsaktien-Kapitals nahe kommt. Die Anträge des Aufsichtsrathes wurden einstimmig gutgeheißen. — Es folgte die ordentliche Generalversammlung, in welcher Herr Direktor Krauer den Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr 1883 verlas. Der Betrieb war ein mühevoller, die Konjunktur für Chloralkali und Soda unangünstig rückgängig, trotzdem aber nicht sehr ungünstig für das Institut, weil es hauptsächlich kausische Soda fabrizire, die schlanke Absatz fände und deren Preise stabilere seien. Auch Säure ist in beständig rückgängiger Konjunktur begriffen und dieser Ausfall nicht zu paralysiren. Die Aussichten für das laufende Jahr sind entschieden bessere, da die Preise für die genannten Fabrikationsprodukte etwas stabiler geworden sind, insbesondere aber, weil zahlreiche Fabriken in England durch die Ungunst der Zeitverhältnisse gezwungen wurden, den Betrieb einzustellen und dadurch die drückende englische Konkurrenz in Deutschland beträchtlich reduziert worden ist. — Der Umsatz im verfloffenen Jahre betrug 1,989,940 M. 36 Pf. gegen 1,747,131 M. 5 Pf. im Jahre 1882; der Nettogewinn beziffert sich auf 179,176 M. 63 Pf. gegen 268,469 M. 88 Pf. (1882). Erhöhte Aufmerksamkeit, die vom besten Erfolge begleitet war, wurde der im Mai 1883 eröffneten Chemischen-Fabrik geschenkt, deren Produkte sich rascher Abnahme seitens vieler und erster Firmen erfreuen. — Ueber die Verwendung des Nettoergebnisses zusätzlich des Saldovertrags von 1883 von 2213 M. 39 Pf., zusammen 81,390 M. 2 Pf., beschließt die Generalversammlung gemäß dem Antrage des Aufsichtsrathes 6 Proz. = 54,000 M. für die Prioritätsaktien und 4 Proz. = 48,000 M. für die Stammaktien, zusammen 102,000 M. zu verteilen. Der Betrag von 76,561 M. 72 Pf. wird für die Amortisation verwendet und 2828 M. 20 Pf. auf neue Rechnung vorgetragen. Die ausstehenden Mitglieder des Aufsichtsrathes, die Herren Kommerzienrath Köster und Emil Rahm wurden wiedergewählt. — Der „Mannheimer Sängerbund“ wählte am Samstag Abend zu seinem Dirigenten (an Stelle des im August von hier scheidenden Hrn. Konzertmeisters Halir) Hrn. Musikdirektor R. Goepfert aus Weimar, s. St. in Magdeburg. Derselbe war Schüler von Professor Lobe und Franz Liszt und es acht ihm sowohl als Klavierspieler wie als Gesangslehrer ein vorzügliches Ruf voraus.

*** Mannheim, 23. Juni.** (Fürstlicher Besuch, Vermählung.) Sr. Großh. Hoheit Prinz Ludwig von Baden und Sr. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm von Hohenzollern sind hier angekommen und im Mesmer'schen Hause abgestiegen. — Der am 22. d. hier verstarbene Kammerherr Otto v. Vincenti hat die Stadtgemeinde Baden zur Univerfalerbin eingesetzt. An seinem, heute Abend 6 Uhr stattgefundenen großen Leichenbegängnis nahmen die Herren Stadtdirektor Frhr. v. Göler, Oberbürgermeister Gönner, Bürgermeister Seefeld, die Stadträte und Stadtverordneten mit ihrem Vorstand, sowie die sämtlichen hiesigen Vereine theil. „Aurelia“ und „Hohenbaden“ sangen am Grabe; das städtische Kurorchester spielte die Trauermusik. Die Stadtgemeinde hatte dem Geschiedenen einen prachtvollen Kranz dankbar gewidmet.

*** Mannheim, 23. Juni.** (Chemische Fabrik Rheinau. Wahl.) Die fünfte außerordentliche Generalversammlung der Chemischen Fabrik Rheinau wurde heute abgehalten. Direktor Krauer motivirte den Antrag des Aufsichtsrathes behufs Ausgabes von 1,200,000 M. neuer Prioritätsaktien, indem er hervorhob, daß das Aktienkapital von 2,100,000 M. für den Betrieb einer Fabrik, an die große Ansprüche betreffs der Leistungsfähigkeit gestellt würden, nicht ausreichte. Um zur Verzinsung der alten Prioritäten frei zu werden, habe man sich entschlossen, da für die Ausgabe von Stammaktien der niedere Kurs nicht opportun erschien, neue Prioritätsaktien zu emittiren. Dadurch bringe die Gesellschaft allerdings ein Opfer, welches aber durch die konsolidirten Verhältnisse derselben ausgeglichen würde. Hierauf entwarf der Vorsitzende ein klares Bild über die Lage des Instituts, bezeichnete das kleine Aktienkapital als den wunden Punkt, das nur die Entwicklung hindern würde, und führte aus, daß trotz der ungünstigen Zeiten, die das vorige Geschäftsjahr mit sich brachte, eine Dividende von 6 Proz. resp. 4 Proz. in Aussicht genommen sei. Dieses Resultat sei, entgegen anderen Instituten, der Umsicht zu verdanken, mit der man von jeher bei Verteilung der Dividenden verfahren wäre, und weil man immer das Prinzip im Auge gehabt habe, einen beträchtlichen Theil des Gewinnersatzes zur Amortisation und Festigung des Instituts zu verwenden. Auf diese Weise habe man 900,000 M. amortisirt, eine Summe, die jetzt zinsenfrei dem Geschäft zugute kommt und der Hälfte des Stammaktien- und Prioritätsaktien-Kapitals nahe kommt. Die Anträge des Aufsichtsrathes wurden einstimmig gutgeheißen. — Es folgte die ordentliche Generalversammlung, in welcher Herr Direktor Krauer den Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr 1883 verlas. Der Betrieb war ein mühevoller, die Konjunktur für Chloralkali und Soda unangünstig rückgängig, trotzdem aber nicht sehr ungünstig für das Institut, weil es hauptsächlich kausische Soda fabrizire, die schlanke Absatz fände und deren Preise stabilere seien. Auch Säure ist in beständig rückgängiger Konjunktur begriffen und dieser Ausfall nicht zu paralysiren. Die Aussichten für das laufende Jahr sind entschieden bessere, da die Preise für die genannten Fabrikationsprodukte etwas stabiler geworden sind, insbesondere aber, weil zahlreiche Fabriken in England durch die Ungunst der Zeitverhältnisse gezwungen wurden, den Betrieb einzustellen und dadurch die drückende englische Konkurrenz in Deutschland beträchtlich reduziert worden ist. — Der Umsatz im verfloffenen Jahre betrug 1,989,940 M. 36 Pf. gegen 1,747,131 M. 5 Pf. im Jahre 1882; der Nettogewinn beziffert sich auf 179,176 M. 63 Pf. gegen 268,469 M. 88 Pf. (1882). Erhöhte Aufmerksamkeit, die vom besten Erfolge begleitet war, wurde der im Mai 1883 eröffneten Chemischen-Fabrik geschenkt, deren Produkte sich rascher Abnahme seitens vieler und erster Firmen erfreuen. — Ueber die Verwendung des Nettoergebnisses zusätzlich des Saldovertrags von 1883 von 2213 M. 39 Pf., zusammen 81,390 M. 2 Pf., beschließt die Generalversammlung gemäß dem Antrage des Aufsichtsrathes 6 Proz. = 54,000 M. für die Prioritätsaktien und 4 Proz. = 48,000 M. für die Stammaktien, zusammen 102,000 M. zu verteilen. Der Betrag von 76,561 M. 72 Pf. wird für die Amortisation verwendet und 2828 M. 20 Pf. auf neue Rechnung vorgetragen. Die ausstehenden Mitglieder des Aufsichtsrathes, die Herren Kommerzienrath Köster und Emil Rahm wurden wiedergewählt. — Der „Mannheimer Sängerbund“ wählte am Samstag Abend zu seinem Dirigenten (an Stelle des im August von hier scheidenden Hrn. Konzertmeisters Halir) Hrn. Musikdirektor R. Goepfert aus Weimar, s. St. in Magdeburg. Derselbe war Schüler von Professor Lobe und Franz Liszt und es acht ihm sowohl als Klavierspieler wie als Gesangslehrer ein vorzügliches Ruf voraus.

*** Mannheim, 23. Juni.** (Fürstlicher Besuch, Vermählung.) Sr. Großh. Hoheit Prinz Ludwig von Baden und Sr. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm von Hohenzollern sind hier angekommen und im Mesmer'schen Hause abgestiegen. — Der am 22. d. hier verstarbene Kammerherr Otto v. Vincenti hat die Stadtgemeinde Baden zur Univerfalerbin eingesetzt. An seinem, heute Abend 6 Uhr stattgefundenen großen Leichenbegängnis nahmen die Herren Stadtdirektor Frhr. v. Göler, Oberbürgermeister Gönner, Bürgermeister Seefeld, die Stadträte und Stadtverordneten mit ihrem Vorstand, sowie die sämtlichen hiesigen Vereine theil. „Aurelia“ und „Hohenbaden“ sangen am Grabe; das städtische Kurorchester spielte die Trauermusik. Die Stadtgemeinde hatte dem Geschiedenen einen prachtvollen Kranz dankbar gewidmet.

*** Mannheim, 23. Juni.** (Fürstlicher Besuch, Vermählung.) Sr. Großh. Hoheit Prinz Ludwig von Baden und Sr. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm von Hohenzollern sind hier angekommen und im Mesmer'schen Hause abgestiegen. — Der am 22. d. hier verstarbene Kammerherr Otto v. Vincenti hat die Stadtgemeinde Baden zur Univerfalerbin eingesetzt. An seinem, heute Abend 6 Uhr stattgefundenen großen Leichenbegängnis nahmen die Herren Stadtdirektor Frhr. v. Göler, Oberbürgermeister Gönner, Bürgermeister Seefeld, die Stadträte und Stadtverordneten mit ihrem Vorstand, sowie die sämtlichen hiesigen Vereine theil. „Aurelia“ und „Hohenbaden“ sangen am Grabe; das städtische Kurorchester spielte die Trauermusik. Die Stadtgemeinde hatte dem Geschiedenen einen prachtvollen Kranz dankbar gewidmet.

*** Mannheim, 23. Juni.** (Fürstlicher Besuch, Vermählung.) Sr. Großh. Hoheit Prinz Ludwig von Baden und Sr. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm von Hohenzollern sind hier angekommen und im Mesmer'schen Hause abgestiegen. — Der am 22. d. hier verstarbene Kammerherr Otto v. Vincenti hat die Stadtgemeinde Baden zur Univerfalerbin eingesetzt. An seinem, heute Abend 6 Uhr stattgefundenen großen Leichenbegängnis nahmen die Herren Stadtdirektor Frhr. v. Göler, Oberbürgermeister Gönner, Bürgermeister Seefeld, die Stadträte und Stadtverordneten mit ihrem Vorstand, sowie die sämtlichen hiesigen Vereine theil. „Aurelia“ und „Hohenbaden“ sangen am Grabe; das städtische Kurorchester spielte die Trauermusik. Die Stadtgemeinde hatte dem Geschiedenen einen prachtvollen Kranz dankbar gewidmet.

*** Mannheim, 23. Juni.** (Fürstlicher Besuch, Vermählung.) Sr. Großh. Hoheit Prinz Ludwig von Baden und Sr. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm von Hohenzollern sind hier angekommen und im Mesmer'schen Hause abgestiegen. — Der am 22. d. hier verstarbene Kammerherr Otto v. Vincenti hat die Stadtgemeinde Baden zur Univerfalerbin eingesetzt. An seinem, heute Abend 6 Uhr stattgefundenen großen Leichenbegängnis nahmen die Herren Stadtdirektor Frhr. v. Göler, Oberbürgermeister Gönner, Bürgermeister Seefeld, die Stadträte und Stadtverordneten mit ihrem Vorstand, sowie die sämtlichen hiesigen Vereine theil. „Aurelia“ und „Hohenbaden“ sangen am Grabe; das städtische Kurorchester spielte die Trauermusik. Die Stadtgemeinde hatte dem Geschiedenen einen prachtvollen Kranz dankbar gewidmet.

*** Mannheim, 23. Juni.** (Fürstlicher Besuch, Vermählung.) Sr. Großh. Hoheit Prinz Ludwig von Baden und Sr. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm von Hohenzollern sind hier angekommen und im Mesmer'schen Hause abgestiegen. — Der am 22. d. hier verstarbene Kammerherr Otto v. Vincenti hat die Stadtgemeinde Baden zur Univerfalerbin eingesetzt. An seinem, heute Abend 6 Uhr stattgefundenen großen Leichenbegängnis nahmen die Herren Stadtdirektor Frhr. v. Göler, Oberbürgermeister Gönner, Bürgermeister Seefeld, die Stadträte und Stadtverordneten mit ihrem Vorstand, sowie die sämtlichen hiesigen Vereine theil. „Aurelia“ und „Hohenbaden“ sangen am Grabe; das städtische Kurorchester spielte die Trauermusik. Die Stadtgemeinde hatte dem Geschiedenen einen prachtvollen Kranz dankbar gewidmet.

*** Mannheim, 23. Juni.** (Fürstlicher Besuch, Vermählung.) Sr. Großh. Hoheit Prinz Ludwig von Baden und Sr. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm von Hohenzollern sind hier angekommen und im Mesmer'schen Hause abgestiegen. — Der am 22. d. hier verstarbene Kammerherr Otto v. Vincenti hat die Stadtgemeinde Baden zur Univerfalerbin eingesetzt. An seinem, heute Abend 6 Uhr stattgefundenen großen Leichenbegängnis nahmen die Herren Stadtdirektor Frhr. v. Göler, Oberbürgermeister Gönner, Bürgermeister Seefeld, die Stadträte und Stadtverordneten mit ihrem Vorstand, sowie die sämtlichen hiesigen Vereine theil. „Aurelia“ und „Hohenbaden“ sangen am Grabe; das städtische Kurorchester spielte die Trauermusik. Die Stadtgemeinde hatte dem Geschiedenen einen prachtvollen Kranz dankbar gewidmet.

*** Freiburg, 23. Juni.** (Stadtanleihe, Jubiläum.) Die Darmstädter Bank hat mit der Firma Mez hier selbst die 1/2 Millionen, welche von der neuen städtischen 4proz. Anleihe von 2 1/2 Millionen Mark jetzt emittirt werden, zu einem Kurse von 100,70 Proz. übernommen. — Der hiesige Frauen-Verein, Zweigverein des Bad. Frauenvereins unter dem Protektorat Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Luise, wurde im Juni 1859, also vor 25 Jahren, gegründet. Von den Mitgliedern seines Komitees ist eine Dame in diesem Vereine von dessen Gründung bis heute unangetastet thätig; es ist dies Frau Geh. Hofrath Elise v. Wänter. Ihr höchst verdienstvolles und erfolgreiches Wirken zu ehren, begaben sich vorabends Vormittag die übrigen Mitglieder des Komitees in deren Wohnung, brachten ihr zu diesem seltenen Jubiläum ihre Glückwünsche und überreichten derselben nebst einem prachtvollen Bouquet eine künstlerisch ausgestattete Adresse.

*** Freiburg, 23. Juni.** (Höhere Bürgerschule.) Gestern wurde unter dem Präsidium des Hrn. Geh. Referendar's Joos aus Karlsruhe im Aufsichtsrath der hiesigen Höheren Bürgerschule die Umgestaltung dieser Anstalt besprochen und gelangte man zu dem Beschlusse, entsprechend den Wünschen eines sehr großen Theiles der Einwohnerschaft, für unveränderten Weiterbestand der obigen Höheren Bürgerschule mit obligatam Lateinunterricht einzutreten zu wollen.

*** Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.** In Griesen stirbt die 69 Jahre alte ledige Barbara Merkt, während sie am sog. Mühlbach mit Grasabmähen beschäftigt war, in Folge eines epileptischen Anfalls in den Bach und fand darin ihren Tod. — In Rastatt gerieth ein zweijähriger Knabe eines Bewohners der Ludwigs-Vorstadt in einen Wassergraben bei der Gerber'schen Mühle und fand in demselben seinen Tod durch Ertrinken. — In Freiburg verunglückte ein Kind in einem Hause der Bähringer Straße. Dasselbe fiel in ein Regenwasser-Faß und ertrank. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Theater und Kunst.

(Karlsruhe, 24. Juni. (Im Kunstverein) sind neu ausgestellt: Monatsnacht von Prof. Ed. Tenner, ein prächtiges stimmungsvolles Nachstück, das Wasser, in dem der Mond sich spiegelt und die Silhouetten der Häuser der Hafenstadt mit ihren beleuchteten Fensterrahmen, die sich im Hintergrunde scharf abheben, brillant gemalt; der Studienplatz von Fr. Kallmorgen, ein sehr niedliches und frisches Genrebild; Frühlingsschneeflocken von Frau Marg. Horvath-Kallmorgen mit der bekannten Savonneriegebirge von Max Roman, fleißig und sorgfältig, wie alles, was dieser Maler produgirt; das Porträt eines jungen Mädchens von H. v. Marschall, einen entschieden Fortschritt in Zeichnung und Farbe verrathend; Luther, Kniefall von Prof. (.) Schmid in Stuttgart, ein Bild, bei dem man sich fragt, ob denn im Vorstand des Kunstvereins Niemand ein Veto gegen die Ausstellung einer derartigen Stimperei einlegt. — Ein Medaillonporträt in Grogus des Ministers Marby und seiner Gemahlin von Roeßl, für die gemeinsame Grabstätte des Ehepaars bestimmt, ist nicht so gut gerathen wie die Büste des ausgezeichneten Staatsmannes, die der nämliche Künstler bald nach dessen Tode ausführte.

Berichtliches.

— Elberfeld, 20. Juni. (Dementi.) Die Nachricht der „Elberfelder Zeitung“ und verschiedener auswärtiger Blätter, daß die Voruntersuchung gegen die Anarchisten Reinsdorf, Bachmann und die übrigen 6 Mitverhafteten in diesen Tagen geschlossen worden sei und daß sich die Akten bereits beim Reichsgericht in Leipzig befänden, ist nach einer der „Rhein.-Westph. Zig.“ aus zuverlässiger Quelle zugehenden Mittheilung völlig aus der Luft gegriffen. Die Untersuchung in dieser höchst wichtigen Sache, welche das hiesige Königl. Landgericht führt, ist zur Zeit noch keineswegs zum Abschluß gebracht. Auch die übrigen an diese Nachricht getheilten Kombinationen und sonstigen von hier aus wiederholt auswärtigen Blättern übermittelten Notizen über das Ergebnis der Untersuchung und die Art der Anlage u. s. w. sind durchweg müßige Erfindungen eines mit den wirklichen Thatsachen wenig oder gar nicht vertrauten Korrespondenten.

— Rom, 23. Juni. (Aus Pontremoli) wird gemeldet: Aus den Trümmern der explosirten Pulvermühle sind 20 Tode und Verwundete hervorgegangen. Die Explosion zerfetzte ein mit hundertjährigen Kastanienbäumen bestandenes Wäldchen.

während das Magazin, welches 184 Zentner Pulver enthielt, unversehrt blieb.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)
Berlin, 24. Juni. Reichstag. Zweite Berathung des Militärrelikten-Gesetzes auf Grund des Kommissionsberichts. Bei Berathung des § 1 (Verpflichtung zu Wittwen- und Waisenbeiträgen) beantragt Verlach Wiederherstellung des von der Kommission gestrichenen § 2 der Regierungsvorlage (betreffend Befreiung von Beiträgen). Minnigerode ist gleichfalls für die Wiederherstellung, Bernuth will die Offiziere mit demselben Maße gemessen haben, wie die übrigen Reichs- und Staatsbeamten. Bayerischer Bevollmächtigter Raesfeld: Bayern sei mit der Vorlage in ihren Grundlagen umso mehr einverstanden, als die Regelung des Reliktenwesens in Bayern gegenwärtig eine provisorische sei und eine Neuregelung und Zuschüsse für das bayerische Kontingent im Sinne der Vorlage längst beabsichtigt sei. Carolath ist für die Kommissionsfassung, ebenso Windthorst. Kriegsminister Bronsart: Die Regierung sei mit der Kommission einverstanden bis auf Wiederherstellung des § 2 der Vorlage, worauf die Regierung dringen müßte. Die Annahme der Kommissionsfassung seitens des Bundesrathes sei ausgeschlossen. Alleräußerstes Entgegenkommen sei die Annahme des Vermittlungsantrags Minnigerode, wonach unverheiratete Offiziere ein Prozent ihres Gehaltes als Wittwenkassen-Beitrag leisten sollen. (Die Regierungsvorlage befreite ganz, die Kommission verlangte drei Prozent.) Der Antrag Verlach (Wiederherstellung des § 2) wird abgelehnt, ebenso der Antrag Minnigerode, dagegen werden §§ 1, 2, 3 in der Kommissionsfassung angenommen. Der Reichstag genehmigte den Rest des Militärrelikten-Gesetzes nach den Kommissionsbeschlüssen und erledigte eine Reihe von Petitionen. Nächste Sitzung morgen.
Bern, 24. Juni. Der Nationalrath hat mit 98 gegen 140 Stimmen die Frage der Revision der Bundesverfassung an den Bundesrath zur Prüfung und Berichterstattung verwiesen. Dagegen stimmten die Waadtländer, Genfer, Neuenburger, Thurgauer.
Paris, 24. Juni. Eine dem Marineministerium zugegangene Depesche aus Toulon meldet, seit Sonntag Abend ist in den Marinehospitälern kein weiterer Cholera-Todesfall vorgekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe, Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Geburten. 19. Juni. August Emil, Vater: Johann Müller, Lokomotivführer. — 20. Juni. Karl Alfred Adolf, Vater: Karl Joos, Schlosser. — Luise Hedwig, B.: Friedrich Volke, Bildhauer. — 21. Juni. Josef Adolf, B.: Fr. Jos. Reumann, Restaurateur. — Emma Wilh., B.: Heinr. Raab, Schuhmacher. — Karl v. Heimich, B.: Jaf. Durand, Bädermeister. 22. Juni. Friedrich, B.: Friedrich Hausmann, Schlosser. — Elise Frieda, B.: H. Schmid, Buchdrucker. — Anna Kath., B.: Joh. Geiger, Wagenwärter-Gehilfe.
Eheaufgebote. 24. Juni. Otto Müller von Schönsfeld, Kaufmann in London, mit Amalie Mayer von hier.
Todesfälle. 23. Juni. Charlotte Voss, led., Privatiers, 79 J. — Andreas, 2 M. 6 T., B.: Lokomotivführer Oberli.

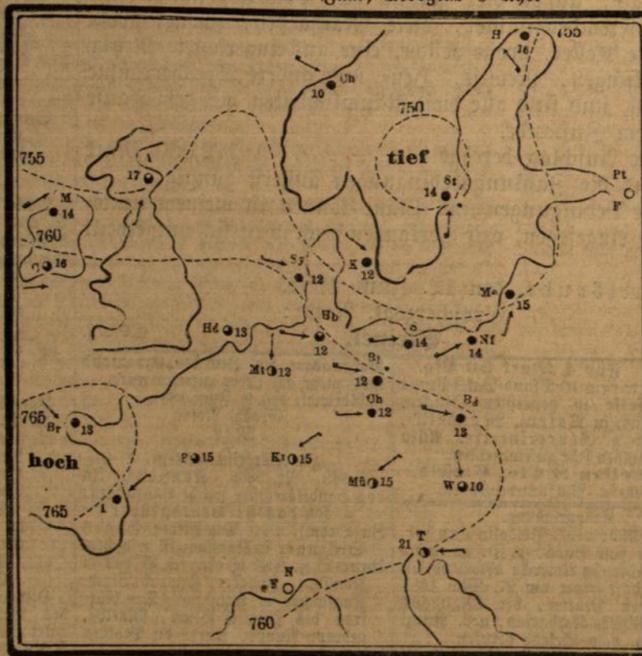
Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

	Barom.	Thermom.	Absolute	Relative	Wind.	Simmel.
	mm	in C.	Feuchtig.	Feuchtig.		
			in mm	Feuchtig.		
			in mm	Feuchtig.		
23. Nachts 9 Uhr	749.8	+15.4	8.9	68	NE	sehr bew.
24. Morgs. 7 Uhr	750.1	+13.6	9.0	78	NE	
„ Mittags 2 Uhr	749.8	+20.6	8.5	47	E	wenig bew.

Wasserstand des Rheins, Mainz, 24. Juni, Morgs. 4 59 m, gestiegen 4 cm.

Witterungsaussichten für Mittwoch, 25. Juni.
Bei zunehmender Temperatur steht ziemlich heiteres, trockenes Wetter in Aussicht. Witterungsbureau Karlsruhe.

Wetterkarte vom 24. Juni, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Depression, welche gestern über der mittleren Ostsee lag, ist westwärts nach den schwedischen Seen fortgeschritten, während eine neue Depression westlich von den Hebriden erschienen ist. Ueber Centraluropa ist das Wetter anbauend kühl, im Norden, bei meist schwacher westlicher und nordwestlicher Luftströmung, trübe und stellenweise regnerisch, im Süden bei leichten östlichen Winden aufklärend und fast überall trocken. Karlsruhe hatte am Abend Gewitter. (D. Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte.

vom 24. Juni 1884.	
Staatspapiere.	Buchtrebrader 160 3/4
4% Reichsanleihe	108 Nordwestbahn 146 3/8
4% Preuß. Cons.	103 1/2 Eibthal 155
4% Baden in fl.	101 3/4 M. d. d. l. b. 197 1/2
4% „ i. Wkt.	102 1/2 Hess. Ludwigs 109
Deffer. Goldrente	85 1/2 Lübeck-Büchen 161 1/4
Silber.	67 1/2 Gortbad 103 3/8
4% Ungar. Goldr.	76 1/2 Loose, Wechsel sc.
1877er Russen	94 1/2 Def. Loose 1880 120 1/2
II. Orientanleihe	58 Wechsel a. Amst. 168.55
Italiener	94 1/2 „ „ „ 20.42
Ägypter	58 1/4 „ „ „ Paris 81.15
Banken.	Wien 167.30
Kreditaktien	258 Napoletanb'd'or 16.22
Disconto-Comm.	195 3/8 Privatdisconto 3 3/8
Basler Bankver.	137 Bad. Zuckerfabrik 109 3/8
Darmstädter Ban'	151 Alkali Werker. 151 1/2
Wien. Bankverein	88 1/2 N a b e r e.
Bahnaktien.	Kreditaktien 251 1/8
Staatsbahn	264 Staatsbahn 263 3/8
Lombarden	122 1/2 Lombarden 122 1/2
Galizier	236 3/8 Tendenz: still.
Berlin.	Wien.
Def. Kreditakt.	508. — Kreditaktien 303.80
„ Staatsbahn	530.50 Marktnoten 59.60
Lombarden	248. — Tendenz: —
Disco-Comman.	195.50 Paris.
Lanzhütte	107.50 4 1/2 % Anleihe 107.76
Dortmunder	70.10 Spanien 60 3/8
Marienburger	73.60 Ägypter 288
Böhm. Nordbahn	— Ottomane 633
Tendenz:	—

E.920.2. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Die bad. Landesbibliothek feiert am 29. Juni d. J., Nachmittags 4 Uhr, in der ev. Stadtkirche dahier ihr Jahresfest, wobei an 24 brave Schulkinder Bibeln verteilt werden.
 Der Vorstand.

E.590.2. Malsch.
Bekanntmachung.
 In der Gemeinde Malsch, Amt Ettlingen, findet am 1. Juli 1884, sowie in den nächstfolgenden Jahren jeweils am ersten Dienstag im Monat Juli ein Fohlen- und Pferdemarkt auf der Fohlenweide hier statt.
 Stand-, resp. Marktgeld wird keines erhoben.
 Zahlreiche Beteiligungen von Käufern und Verkäufern ist erwünscht.
 Malsch, den 20. Mai 1884.
 Der Gemeinderath.
 Kaffetter, Bürgermeister.

E.982. Karlsruhe. Weitere Pianinos aus renommirten Fabriken sind eingetroffen und stelle ich dieselben wiederum zu untenstehenden Bedingungen zur Verfügung:
Pianinos in Miete mit Besitz-erwerb.
 Ich vermiete neue Instrumente ganz nach freier Wahl und berechne monatlich 10-15 M. Miete. Falls der Mieter innerhalb 2 Jahren den Kaufpreis und 5 % Zinsen zahlt, wird die bisher gezahlte Miete in voller Höhe des Betrages angerechnet.
 Oscar Laffert, Kaiserstraße 114.
 Stimmungen und Reparaturen werden von einem erfahrenen Techniker besorgt.



Kronthal's Apollinis
 Bad im Taunus.
 Nicht zu verwechseln mit Apollinaris.
 Hervorragendster Repräsentant aller natürl. Tafelwässer.
 DIE VERDAUUNG IM HOHEN GRADE FÖRDERND durch seinen unter allen Sauerbrunnen höchsten KOCHSALZGEHALT (3,5 auf 1000 Theile).
 Besätigt durch Alteste Empfehlungen von LONDON, Kensington Museum, PARIS, Académie de Médecine, MÜNCHEN, Prof. v. Buhl, HEIDELBERG, Prof. Ebb, DARMSTADT, Prof. Büchner, BASEL, Prof. Hagenbach, HEIDELBERG, Prof. Fürstner, etc.
 In Frankreich autorisirt.
 Nur höchste Auszeichnungen. GENÈVE, SYDNEY, BRÜSSEL, MÜNCHEN.
 Kurhaus-Stahlbrunnen Bäder Direction: AUGUST THIEMANN.

Zu verkaufen:
 Ein Paar Pferde (Apfel- und Mohrenschimmel), 5-7jährig, Wallachen, 16-17 Faust hoch, eingetretener Verhältnisse halber billig. Näheres bei der Expedition d. Bl. und bei Herrn S. Haberstroh in Karlsruhe, Cicinstraße 5.
 E.985.1.



Matico-Injection
 von Grimault & Co., Apotheker in Paris.
 Ausschließlich aus peruvianischen Matico-Blutern zubereitet, hat diese Injection in wenigen Jahren einen allgemeinen Ruf erlangt. Dieselbe curirt in kurzer Zeit die hartnäckigsten Leiden.
 Jedes Fläschchen ist mit der Unterzeichnung Grimault et Co. und dem Specialstempel der französischen Regierung für Fabrikanten versehen.
 Niederlage in allen größeren Apotheken.

Bürgerliche Rechtspflege.
Aufgebot.
 E.944.2. Nr. 5984. Konstanz. Gebrüder Winter, Walzenmühle Bleiche in Stodach, haben das Aufgebot eines von ihnen am 26. April 1884 an eigene Ordre auf Josef Knäble in Konstanz gezogenen, von diesem acceptirten, am 26. Juli 1884 fälligen Wechsel über 600 M. beantragt.
 Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 3. Februar 1885, Vormittags 9 Uhr, vor Großh. Amtsgericht Konstanz anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.
 Konstanz, den 21. Juni 1884.
 Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: Burger.

E.986. Nr. 3664. Karlsruhe.
Das Großh. bad. Eisenbahnlotterie-Anlehen zu 14 Millionen Gulden gegen 35-fl.-Loose vom Jahr 1845 betr.
 Die 154. Gewinnziehung obigen Lotterie-Anlehens, an welcher diejenigen 2000 Loose Nummern Theil nehmen, welche in der Serienziehung vom 31. Mai 1884 dazu bestimmt worden sind, wird
Montag den 30. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr, im Ständehaus dahier unter Leitung einer Großh. Kommission öffentlich vorgenommen werden.
 Karlsruhe, den 24. Juni 1884.
 Großh. bad. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.
 Selm.

Theater in Baden-Baden.
Freitag den 4. Juli 1884
 beginnen die
Münchener Mitglieder des Königl. Theaters am Gärtnerplatz in München
 unter Leitung des Königl. Bayrischen Hofschauspielers Herrn
Max Hofpaur
ein Gesamt-Gastspiel
 auf der Badener Bühne.
 Das Repertoire besteht aus den beliebtesten Volksstücken, als: **Der Hergottsschnitzer von Oberammergau - Der Prozesshansl - Das Aufragstüberl - Der Protzenbauer - Der Schlagring - Die Zuwiderwurzeln - Der Loder von Bayrischzell.**
 Vormerkungen auf ganze Logen und einzelne Plätze nimmt Hauswart Ackermann im Theatergebäude täglich entgegen. E.983.

HOTEL DES SALINES.
 Herrliche Lage am Rhein. Grossartige Parkanlagen. Rheinbäder. Luft- und Milch-Kur. Beliebter Landaufenthalt. Vorzügliche Eisenbahn-Verbindungen nach dem Rheinthal, Zürich, Luzern etc.
Stärkste Soole des Continents.
SOOLBAD RHEINFELDEN
 bei BASEL - Schweiz.
 Bad- und Douche-Einrichtungen nach den neuesten Systemen. Inhalationen. Tägliche Productionen der Kurmusik in beiden Etablissements. Beglückte Familien - Appartements. Mässige Pensions - Preise. Prospectus gratis.
HOTEL DIETSCHY am Rhein.
 Karlsruhe.

Karlsruhe.
Gasthaus-Versteigerung.
 Das **Gasthaus zum goldenen Karpfen** in Karlsruhe, von dem Eigenthümer Louis Benzinger seit 18 Jahren mit bestem Erfolge betrieben, wird wegen Kränklichkeit der Ehefrau des Eigenthümers am **Montag dem 7. Juli d. J., Vorm. 11 Uhr,** in meinem Amtszimmer - Herrenstraße 34 - öffentlich zu Eigenthum versteigert.
 Das Haus (Gasthaus) ist in einer der schönsten und besten Lagen, in der Mitte der Stadt, gegenüber der Infanteriekaserne, am Ludwigplatz gelegen; vor dem Hause ist wöchentlich dreimal Markt und jährlich zweimal Messe.
 Das Haus enthält zwei schöne große Wein- und zwei Bierlokale, außer vier geräumigen Privatwohnungen 18 bis 20 Fremdenzimmer, viele Mansarden, schöne, große gewölbte Keller, große Küche, eine gut eingerichtete Viehzig, 3 Stallungen, Remise, Heiz- und andere Speicherräume und Hof, und sind alle diese Räumlichkeiten mit dem Hause in bestem Zustande.
 Der Anschlag beträgt 172,000 Mark und sind die Zahlungsbedingungen äußerst günstig.
 Die Bedingungen und Pläne können in meinem Amtszimmer eingesehen, auf Verlangen auch schriftlich mitgetheilt werden.
 Karlsruhe, den 12. Juni 1884.
 Großherzogl. Notar: Steinel. E.902.2.

E.545.8. Für 4 Mark 50 Pf. versenden wir ein 10-Pfund-Paket Prima Toiletteseife in gepressten Stücken, schön sortirt, in Rosen-, Mandeln-, Veilchen- u. Glyzerinseife. Allen Haushaltungen sehr zu empfehlen.
Th. Coellen & Co., Crefeld, Seifen- u. Parfümeriefabrik.
Erbverordnng.
 E.934. G. Brühl. Fridolin Lauber, Landwirth von Burg, a. B. an unbekanntem Orte in Amerika abwesend, ist zur Erbschaft seiner am 27. Mai 1884 verstorbenen Mutter, der Mathias Lauber Witwe, Katharina, geb. Rinzi von Burg, vom Gesetze berufen.
 Derselbe wird hiermit aufgefordert, seine Erbsprüche dahier geltend zu machen, und zwar innerhalb drei Monaten, ansonst die Erbschaft Denen zugerechnet würde, welchen sie zufälle, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.
 G. Brühl, den 9. Juni 1884.
 Großh. Notar W. Eg.
Handelsregister-Einträge.
 E.943. Nr. 5863. Konstanz. In das Handelsregister wurde eingetragen:
 a. In das Firmenregister:
 Zu Ordn. 93: Die Firma Eugen Siding in Konstanz ist erloschen.
 Unter D. B. 304: Heinrich Blum in Konstanz. Inhaber: Heinrich Blum, Kaufmann in Konstanz. Der Ehefrau des Heinrich Blum, Martha, geborne Runge, wurde die Procura erteilt.
 Unter Ordn. 305: A. Siding in Konstanz. Inhaberin: Antonie Siding, geb. Wubs in Konstanz. Der am 1. Februar 1874 in Stuttgart errichtete Ehevertrag mit Kaufmann

Eugen Siding, worin die Gütergemeinschaft festgesetzt war, wurde vor der Königl. Kreisgerichtsdeputation Sigmaringen unter'm 4. April 1878 dergestalt wieder aufgehoben, daß jede Art von Gütergemeinschaft, auch die der Erbgütergemeinschaft, aufgehoben folle.
 b. In das Gesellschaftsregister:
 Zu D. B. 47, zur Firma Rheinische Creditbank in Mannheim, Filiale Konstanz, wurde eingetragen, daß dem Kaufmann Isidor Haas in Mannheim die Procura in der Weise erteilt ist, daß derselbe die Firma sowohl der Hauptniederlassung, wie der Filiale gemeinschaftlich mit einem weiteren Berechtigten zeichnet.
 Unter Ordn. 97: Firma Gebrüder Spiegel in Konstanz. Die Gesellschafters sind die Kaufleute Bernhard Dstar Spiegel und Albert Spiegel. Die Gesellschaft begann am 6. Juni 1884. Beide Gesellschafters sind lebhaft und ist jeder derselben zur selbständigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
 Konstanz, den 21. Juni 1884.
 Großh. bad. Amtsgericht. Schönle.

E.946. Nr. 5502. Bonndorf. Auf Beschluß vom heutigen, Nr. 5502, wurde in das Firmenregister D. B. 95 eingetragen:
 Firma u. Niederlassungsort: „Josef Bloch in Stühlingen.“ Inhaber der Firma: Josef Bloch, Kaufmann in Stühlingen.
 Ehevertrag mit Rosa Widmann von Hörden, d. d. 29. Dezember 1883, nach welchem jeder Theil 25 M. in die Gemeinschaft einwirft, alles übrige beiderseitige, gegenwärtige und künftige, liegende und fahrende Vermögen sammt den darauf bestehenden Schulden von derselben ausgeschlossen und verlienehaftet wird.
 Bonndorf, den 19. Juni 1884.
 Großh. bad. Amtsgericht. Burger.

E.950. Nr. 5318. St. Blasien.
 In das Firmenregister wurde heute eingetragen zu Ordn. 36: Firma und Niederlassungsort: Karl Trötschler, Holzhandler in Lobsmos-Berg. Inhaber: Karl Trötschler von da, verehelicht mit Helena, geb. Gerspacher von da. Ehevertrag vom 14. Juni 1871; § 1: Die Brautleute wählen zur Vertretung ihrer bürgerlichen Rechts- und ehelichen Güterverhältnisse diejenige der bedungenen Gütergemeinschaftsarten, nach welcher auch sämtliches jetziges und zukünftiges fahrendes Vermögen der beiden Theile von der Gemeinschaft ausgeschlossen ist und bleibt und verlienehaftet wird.
 St. Blasien, den 21. Juni 1884.
 Großh. bad. Amtsgericht. Burger.

E.923.1. Heidelberg.
Ankündigung.
 In Folge richterlicher Verfügung werden dem Schreiner Heinrich Barblott die demselben mit seinen Geschwistern ungetheilt gemeinschaftlich zugehörigen Liegenschaften am Freitag dem 22. August d. J., Nachmittags 2 Uhr, im hiesigen Rathhause öffentlich versteigert und der Zuschlag endgiltig erteilt, wenn der Schätzungspreis erreicht, oder überboten wird.
 A. Eigenthum.
 Wingerthsbz. im Berge, Alt Lagerbuch Thl. II.
 Seite 258^{1/2}, Antheil an Nr. 2549. 6 a 17,85 qm Kartoffelstück hinter dem Schlosse im oberen Biegelried, Steueranschlag 36,40. Gerichtlich geschätzt M. 300.
 Seite 259, Nr. 2550. 18 a 86,76 qm Bergfeld hinter dem Schlosse oberhalb der Steinbrüche. Steueranschlag 54 M. 28, geschätzt zu M. 250.
 Seite 268, Nr. 2569. 2 a 24,01 qm Kartoffelstück unter den Steinbrüchen am Wolfsbrunnweg, Steueranschlag 14 M., geschätzt zu M. 80.
 Nach dem neuen Güterverzeichnis E. 596, Nr. 4442, beschreiben sich diese 3 Grundstücke zum Flächengehalte von zusammen 49 a 97 qm, als:
 8 a 07 qm Acker,
 8 a 94 „ Wiese,
 10 „ 01 „ Kastanienpflanzung,
 22 „ 95 „ Gehölz,
 auf 49 a 97 qm im Ganzen veranschlagt M. 630. M. Kuz eigenthum.
 Im Bemerlungstheile Schliebach. R. E. u. Nr. 27. 22 a 94,82 qm, nach dem Güterverzeichnis E. 717, Nr. 5128. 17 a 77 qm Wiese im Hofort, neben Landstraße und Christof Both von Neuenheim. Städtischer Erbschaft, zinsel an Erbschaftszins zur Stadtrente jährlich 2 M. 39. Steueranschlag 222 M. 92. Gerichtlich geschätzt zu M. 500. Hiedon erhält die Vorzugsgläubigerin des früheren Angehörigen des unter 1. beschriebenen Grundstückes, Schiffer's Theobald Müller von Schliebach, Katharina, geb. Müller, Ehefrau von Ludwig Bender an unbekanntem Aufenthaltsorte in Amerika, mit der Aufforderung Nachricht, ihre Forderungen spätestens in dem Versteigerungs-

termin anzumelden und zu begründen, damit dieselben bei Verweisung des Erblasses berücksichtigt werden können. Zugleich wird dieselbe auf § 79 d. bad. Einfl. G. zu den R. G. aufmerksam gemacht, wonach die auf Grund der Verweisung geschlossene Zahlung des Steigenschlusses die Befreiung des vertheilten Gutes von der Unterpfandslast bewirkt.
 Endlich wird derselben aufgegeben, bis zur Steigerung einen am hiesigen Gerichtssitze wohnenden Justellungsgehalthaber namhaft zu machen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen mit der Wirkung, wie wenn sie der Partei selbst eröffnet wären, nur an die Gerichtsstafel angeschlagen werden.
 Heidelberg, den 20. Juni 1884.
 Vollstreckungsbeamter
 Notar
 G. F. Sachs.
E.935.1. Emmendingen. Christian Höflin, Landwirth, 24 Jahre alt, von und zuletzt wohnhaft in Emmendingen, wird beschuldigt, als Esragreferent 1. Klasse ausgewandert zu sein, ohne von seiner bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben, - Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Montag den 15. September 1884, Vormittags 8 Uhr, vor das Großh. Amtsgericht Emmendingen zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung vom Königl. Bezirkskommando zu Freiburg angefertigten Erklärung verurtheilt werden. Emmendingen, den 23. Juni 1884. Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts: Jäger.

Urtheilsspublikation.
 E.937. Section III. J. Nr. 1282. T. Nr. 178. Karlsruhe. Durch freigeigentliches Erkenntnis vom 14./20. Juni 1884 ist
 der am 9. Februar 1861 zu Groß-Billars, Oberamts Raubronn, geborne hiesiger Georg Combe des 3. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 111
 wegen zweier schweren Kameraden-Diebstähle nach vorausgegangen dreimaliger Befragung wegen Diebstahls mit Entfernung aus dem Heere, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre, mit zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus bestraft worden und die Polizeiaufsicht gegen denselben für zulässig erklärt.
 Karlsruhe, den 24. Juni 1884.
 Königlich. Gericht der 28. Division.

Berm. Bekanntmachungen.
 E.933.1. Nr. 2720. Thibingen. **Sofortige Verpachtung.**
 Das ungefähr 41 ha enthaltende **ararische Hofgut Sollwangen** im Amtsbezirk Söllingen, 2 1/2 Stunden von letzterer Stadt und 3 1/2 Stunden von Basel entfernt, wird nebst zugehörigen Wohn- u. Oekonomiegebäuden am Donnerstag den 10. Juli d. J., Nachmittags 1/3 Uhr, im Gasthaus zum „Anker“ in Beuggen im Wege öffentlicher Versteigerung auf 12 Jahre von Lichtmess 1885 bis 1897 verpachtet; zugleich wird mit dem Hofgut ein Verpachtungsvorschuss nach Abtrennung von 11,419 3/4 Fläche vorgenommen.
 Zum Milchverkauf ist günstige Gelegenheit geboten.
 Die Pachbedingungen können inzwischen bei der unterzeichneten Stelle, wo auch alle weitere Auskunft auf Verlangen erteilt wird, eingesehen werden.
 Fremde Pachliebhaber haben sich mit beglaubigten Zeugnissen über Befähigung zum Gutsumtriebe, sowie über Vermögen und Reumund auszuweisen.
 Thibingen, den 20. Juni 1884.
 Großh. Domänenverwaltung.
 Forstbezirk Neckarschwarzach.

Eichenhäholz-Versteigerung.
 E.932. Die Großh. Bezirksforstrei Neckarschwarzach versteigert aus dem Domänenwald „Balsgig“ bei der Hirschhorner Steige
 Sam Hag den 28. Juni 1884, früh 9 Uhr, auf dem Rathhause in Schönbrenn:
 58 Stämme, 364 Stangen; 115 Ster Scheiter, 288 Ster Brügel u. 502 Ster Koblholz. - Vorkauf wie üblich.
 E.935.2. Offenbura.

Bekanntmachung.
 Die Lagerbücher der Gemaltungen Nordrach und Nordrach Fabrik sind im Konzept aufgestellt und werden dieselben mit höherer Ermächtigung von heute an auf die Dauer von 2 Monaten auf dem Rathhause zu Nordrach zur Einsicht der theilhaftigen Grundeigenthümer aufgelegt.
 Etwaige Einwendungen gegen den Inhalt der Beschreibungen der Liegenschaften und ihrer Rechtsbeschaffenheit sind innerhalb genannter Frist dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzutragen.
 Offenbura, den 21. Juni 1884.
 Seufert, Bezirksbeamter.
 (Mit einer Beilage.)